



MEINUNG

Leitartikel



ANDREAS LAMPL

Raunzen auf hohem Niveau

Der Unmut der Wirtschaftselite über die Politik hat besorgniserregende Höhen erreicht. Geschimpft wird aber vornehmlich auf noblen Banketten.

„Die meisten Manager bleiben mit ihrem Unmut lieber in sicherer Deckung.“

Jeder kennt das, der dann und wann zu Veranstaltungen geht, auf denen sich Menschen aus der Wirtschaft versammeln: Ganz gleich, wie ein Gespräch beginnt, ob ernsthaft mit der Krise der Banken oder dem Konjunkturausblick, ob als Small-Talk über die Rivalität zweier Manager oder Richard Lugners Gast am Opernball – fast immer zweigt die Unterhaltung sehr schnell ab in Richtung Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Dann werden umgehend alle Register gezogen: Man beklagt sechs verlorene Jahre, den Standort, der nicht mehr konkurrenzfähig ist, die zu hohen Steuern, die nicht zu haltenen Arbeitsplätze, die Lust der gut ausgebildeten Jungen, dorthin zu gehen, wo es besser ist (in diesen Kreisen Brainrain genannt). Und überhaupt geht in Österreich alles den Bach runter.

Die Umstehenden, so welche zur Stelle sind, nicken beifällig oder sprechen Zustimmung aus.

Der Ärger von Unternehmern, Managern oder wirtschaftlichen Beratern aller Art über die Leistungen von Politik und öffentlichen Institutionen hat eine Dimension erreicht, die selbst dem unverbesserlichsten Optimisten die Angst vor lebenslanger Armut in den Nacken treibt. Dem größeren Teil der Regierung werden Noten ausgestellt, gegen die zwei Fleck bei der Matura eine Auszeichnung sind.

Allerdings im Regelfall nur, wenn man unter seinesgleichen weilt. Dann werden – völlig zu Recht – beißende Analysen angestellt. Was schief läuft, wenn die Lohnsteuereinnahmen laufend steigen, obwohl die Reallöhne sinken und die Wirtschaft stagniert. Wohin es den Staatshaushalt geführt hat, dass die Länder nicht willens sind, sich einer transparenten und einheitlichen Rechnungslegung zu unterwerfen. Und so weiter. Auf öffentlicher Bühne hält sich die wirtschaftliche Elite hingegen auffallend zurück, überlässt der Politik das Feld, auch wenn die dem Land nichts Gutes tut.

Voestalpine-Chef Wolfgang Eder oder Baumagnat Hans Peter Haselsteiner erheben manchmal die Stimme. Und Georg Kapsch, der muss, weil er Industriepäsident ist, oder Hannes Androsch, der sowieso eher als Politiker denn als Unternehmer wahrgenommen wird. Aber die meisten Manager bleiben mit ihrem Unmut lieber in Deckung.

Bei manchen mag das daran liegen, dass sie mit einem Teil ihres Geschäftes direkt oder indirekt von

der öffentlichen Hand abhängig sind. Sich deswegen auf Dauer nicht aus der Reserve zu wagen, ist aber in der Nähe eines Politikers, der eine Reform verweigert, weil sie ihm bei der nächsten Wahl schaden könnte. Und die Position, man habe keine Zeit und keine Lust, sich auf das politische Niveau zu begeben, ist wohl verständlich, aber nicht konstruktiv.

Oft ist auch Frust zu vernehmen, dass die Bereitschaft der politischen Führung begrenzt ist, dem Vorstand eines Unternehmens – oder sonst jemandem, der von außerhalb des Systems kommt – ernsthaft zuzuhören. Es werde einem unterstellt, dass es um Egoismus und nicht um große Ganze geht.

Was die Regierung betrifft, so stimmt das zumindest für die letzten Jahre. Siehe auch den arroganten Umgang mit dem Bildungsvolksbegehren von Hannes Androsch. Die Parteien sind peinlichst bemüht, ihr Monopol auf die Vertretung des Allgemeinwohls zu verteidigen. „Die Wirtschaft“ soll tunlichst nur in Person von Kammerfunktionären mitmischen. Auch die Medien tragen das ihre bei: Macht sich ein Manager laut Gedanken über den Arbeitsmarkt, steht er dort tendenziell im Geruch des Eigennutzes, während beinharte Parteipolitik noch lange kein Grund für Nichtbeachtung ist.

Gerade weil sich Unternehmen in Österreich – außer in sozialpartnerschaftlichen Gremien – zu wenig für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Anliegen engagieren, haben sie tatsächlich ein Glaubwürdigkeitsproblem. Obwohl sie als Träger des Wohlstandes und Bereitsteller von Arbeitsplätzen alle Legitimation hätten, zu Fragen abseits der eigenen Bilanzahlen Stellung zu beziehen. Projekte wie das der deutschen Bertelsmann-Stiftung beweisen, dass man seriös agieren kann, ohne in den Verdacht zu geraten, nur die Interessen eines Konzerns zu verfolgen. Die Unterstützung der Industrie für das Wirtschaftsforschungsinstitut Agenda Austria ist wenigstens ein Ansatz. Vielleicht spielen gemeinnützige Stiftungen, für die gerade gesetzliche Anreize vorbereitet werden, künftig eine größere Rolle.

Obwohl Frank Stronachs Ansatz, wirtschaftliche Kompetenz in der Politik einzubringen, wahrlich abschreckend war, sollten Manager stärker beherrigen, was sie permanent ihren Mitarbeitern predigen: „Nicht immer nur schimpfen – machen!“

lampl.andreas@format.at